



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter
und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1/— Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1925.

Die an das Jahr 1925 geknüpfte Hoffnung, daß es die Periode eines neuen Aufstiegs der Gewerkschaften einleiten werde, hat sich leider nicht in dem erwarteten Maße erfüllt. Wohl trat in der ersten Hälfte des Jahres eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder ein. Doch die im Herbst ausgebrochene schwere Wirtschaftskrise, die sich schon im Sommer durch eine ständig wachsende Beschäftigungslosigkeit ankündigte, lähmte die weitere Entwicklung. Immerhin schließt das Berichtsjahr gegen das Vorjahr noch mit einem

Mehr von 158 644 Mitgliedern

ab. Die Zahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände verringerte sich von 41 auf 40. Der Verband der Chorjäger schied im April 1925 aus dem ADGB, er gehört nunmehr dem A.M.-Bunde an. Bei seinem Ausscheiden zählte dieser Verband 3457 Mitglieder. Die im ADGB vereinigten 40 Verbände hatten am Ende des Jahres zusammen 4 182 511 Mitglieder gegen 4 023 867 am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Höchststand an Mitgliedern wurde mit 4 213 545 im September erreicht. Im Durchschnitt des Jahres zählten die Verbände 4 156 451 Mitglieder, darunter 751 585 weibliche und 122 182 jugendliche.

Die Kassenverhältnisse der Verbände

haben sich im allgemeinen außerordentlich gut entwickelt. Die Beitragshöhe ist beträchtlich gestiegen und damit ist auch die Beitragseinnahme erheblich gewachsen. Die Gesamteinnahme betrug 147 526 701 Mark gegen 97 037 600 Mt. im Vorjahr. Von der Jahreseinnahme 1925 kommen 136 256 640 Mt. auf Beitragsleistungen. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 125 874 093 Mt. Für Unterstufungen wurden 33 042 727 Mt., für Lohnbewegungen, Streiks und Auspurrungen 29 656 960 Mt., für Verbandsorgane und Bildungszwecke 5 968 770 Mt. und für Agitation, Generalversammlungen, Verbindungen usw. 21 723 250 Mark verausgabt. Die Ausgaben für Unterstufung sind gegen das Vorjahr um 22 698 116 Mt. und die für die wirtschaftlichen Bewegungen um 12 971 024 Mark gestiegen. Die Verwaltung erforderte eine Ausgabe von 35 492 386 Mt. Davon entfallen 29 340 684 Mt. auf die Orts- und Gauverwaltungen, und der übrige Teil auf die Zentralverwaltungen. Unter dem Einfluß der gebesserten Finanzlage ist der Anteil der Ausgaben für Unterstufungen an den Gesamtausgaben günstiger geworden, während andererseits die Verwaltungskosten anteilmäßig zurückgingen. Von je 100 Mt. der Gesamtausgabe wurden für Unterstufungen verausgabt 26,26 Mt., dagegen 1924 14,98 Mt. Von den Unterstufungsausgaben kamen auf: Arbeitslosenunterstützungen 13 814 291 Mt., Krankenunterstützung 14 130 286 Mt., Notfallunterstützung 1 084 564 Mt., Sterbefallunterstützung 1 727 188 Mt. und auf die übrigen Unterstufungen 2 286 398 Mt.

Eine recht erfreuliche Entwicklung verzeichnen die Ortsausschüsse des ADGB.

Ihr Bestand war besonders hart von der Währungs-katastrophe betroffen worden. Inzwischen haben viele Ortsausschüsse, die ihre Tätigkeit einstellen mußten, diese wieder aufgenommen. Durch die Statistik für 1925 wurde der Bestand von 1067 tätigen Ortsaus-schüssen festgestellt, von denen 1014 berichteten. Diesen waren am Ende des Jahres 11 168 Gewerkschaften angeschlossen. Von der Statistik wurden erfaßt 3 355 952 Mitglieder. Darunter 603 858 weibliche und 117 994 jugendliche.

Die größeren Ortsausschüsse verfügen über recht bedeutende und für die Arbeiterenschaft wertvolle Einrichtungen. In 127 Orten bestehen

Gewerkschaftshäuser,

von denen sich 102 in Eigenbesitz der Ortsausschüsse befinden. In ihnen sind meistens Versammlungsräume, Bureaus und Restaurants eingerichtet, in 15 befinden sich Hotelbetriebe und 36 sind mit Herbergen

verbunden. In den Gewerkschaftshäusern findet das gemeinsame Zusammenwirken der Gewerkschaften am Ort für gleiche Ziele eine Stätte. Für die Mitglieder recht wertvolle Einrichtungen sind die Rechtsberatungsstellen der Ortsausschüsse. Im Berichtsjahre unterhielten 115 Ortsausschüsse Arbeitersekretariate, die von praktisch geschulten Angestellten verwaltet wurden. Elf Sekretariate zählten als Bezirkssekretariate, die im Auftrage des Bundes die bei den Oberversicherungs-ämtern unabhängig gemachten Streitigkeiten zu ver-treten haben. Die Vertretung vor dem Reichs-versicherungsamt wird von der Rechtsabteilung des Bundesvorstandes wahrgenommen. Außer den Sekretariaten bestanden 219 Rechtsauskunftsstellen, die nebenberuflich verwaltet wurden. 43 Ortsausschüsse unterhielten zur Erledigung ihrer Geschäfte eigene Bureaus mit Angestellten. Auf dem Gebiet des Bildungswesens entfallen die Ortsausschüsse eine her-vorragende Tätigkeit. In 696 Orten befanden sich gemeinsame Bibliotheken.

Die Beitragsleistungen für die Ortsausschüsse

haben sich im Berichtsjahre sehr gehoben. Insgesamt vereinnahmten die an der Statistik beteiligten Orts-ausschüsse 1925 2 587 610 Mt., davon flossen 2 057 681 Mark aus Beiträgen. Die Gesamtausgabe bezifferte sich auf 2 328 504 Mt. Die Rechtsberatungsstellen erforderten einen Kostenaufwand von 709 958 Mt., und für Bildungszwecke wurden 349 138 Mt. verausgabt. Die Arbeitersekretariate erhalten als gemeinnützige Einrichtungen in vielen Fällen auch Zuschüsse aus öffentlichen Kassen. Diese Zuschüsse beliefen sich 1925 auf insgesamt 88 715 Mt. Davon kamen aus Staats-kassen 20 636 Mt. und aus Gemeinde- und Kreis-kassen 58 229 Mt. 9850 Mt. wurden von anderen Körper-schaften aufgebracht.

Das demnächst erscheinende neue Jahrbuch des ADGB enthält eine durch zahlreiche Tabellen belegte eingehende Darstellung des organisatorischen Bestandes des ADGB und der Finanzgebarung der dem Bund angeschlossenen Verbände im Jahre 1925. Es sei schon jetzt auf das für die Erkenntnis des Wirkens der in Deutschland maßgebenden gewerkschaftlichen Ar-beiterorganisationen bedeutenden Wertes hingewiesen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen in den Jahren 1921—1924.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in den letzten Jahren in den verschiedensten Ländern Fortschritte erzielt, im allgemeinen jedoch war sie von der kritischen Lage der Weltwirtschaft ungünstig beeinflusst. Wie im jüngst erschienenen umfangreichen Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes mitgeteilt wird, betrug Ende 1924 die Zahl der in sämtlichen Ländern organisierten Arbeiter jeder Richtung 36 Mil-lionen gegenüber 46,3 Millionen im Jahre 1921, was einen Rückgang von 22,1 Proz. darstellt. Da an ver-schiedenen Stellen ein Zuwachs zustande kommt, nur infolge besserer statistischer Erfassung, ist der Rück-gang in Wirklichkeit noch etwas größer. Den verhältnis-mäßig stärksten Rückgang der Mitgliederzahl zeig-n die Gewerkschaften syndikalistischer Richtung, die von 1921—1924 fast zwei Drittel (62,4 Proz.) ihrer Mitglieder verloren. Die konfessionellen Organi-sationen büßten 1,6 Millionen, d. h. 43,8 Proz., die Gewerkschaften verschiedener Richtung 3,3 Millionen, d. h. 28,5 Proz., ihrer Mitglieder ein. Etwa dem all-gemeinen Durchschnitt entspricht der Rückgang der Mitgliederzahl im IGB: 4,7 Millionen, d. h. 21 Proz. Allen die kommunistischen Gewerkschaften konnten während dieser kritischen Jahre ihre Mitgliederzahl vermehren, und zwar um 265 000, d. h. um 3,7 Proz. Trotz dieser Verleibungen umschloß der IGB 1924 noch immer 49,1 Proz. aller organisierten Arbeiter gegenüber 48,4 Proz. im Jahre 1921. Den kom-munistischen Gewerkschaften waren 1924 20,3 Proz. der organisierten Arbeiter angeschlossen, gegenüber 15,3 Proz. 1921, den konfessionellen Organisationen 5,9 Proz., den syndikalistischen Organisationen 1,3 Proz.

Auf Gewerkschaften verschiedener Richtung entfielen 1924 23,4 Proz. der organisierten Arbeiter. Was nun den IGB anbelangt, so verlor er in diesen schwierigen Jahren an Mitgliedern besonders in Deutschland (3,7 Millionen), wofür vor allem die Inflation und ihre Folgen verantwortlich zu machen sind, und in Großbritannien (2,2 Millionen). Den verhältnis-mäßig größten Rückgang erfuhr die freien Gewerk-schaften in Italien, wo ihnen durch den faschistischen Terror 80,5 Proz. ihrer Mitglieder entzogen wurden. Die Landeszentralen von Norwegen, Argentinien und Peru sind aus dem IGB. ausgetreten. Dagegen haben sich ihm die gewerkschaftlichen Landeszentralen von Rumänien, Palästina und dem Remelgebiet an-geschlossen. Die Gewerkschaften Britisch-Indiens, die mit dem IGB. sympathisieren, erfuhr eine große Verstärkung (von 17 000 auf 100 000 Mitglieder), die freien Gewerkschaften Schwedens konnten ihre Mit-gliederzahl um 15 Proz. vermehren, und in einer ganzen Reihe von Ländern, u. a. in Kanada, Mexiko und den Vereinigten Staaten, arbeiten zahlreiche und starke Gewerkschaften in der Richtung des IGB. Was nun die einzelnen Länder anbelangt, so erfuhr die Zahl der in sämtlichen Richtungen organisierten Ar-beiter die stärkste Verminderung in Deutschland, wo sich eben die Wirtschafts- und Inflationstrieste am meis-ten fühlbar machte. 1924 waren 5,5 Millionen, d. h. 45,2 Proz., weniger Arbeiter organisiert als 1921. Seitdem ist die Entwicklung aber wieder stark auf-wärts gegangen. In den Vereinigten Staaten betrug die Abnahme der organisierten Arbeiter 1,6 Millionen oder 30,4 Proz., in Großbritannien 1 Million oder 15,7 Proz. Die prozentualen Rückgänge sind jedoch in anderen Ländern, zumal in Jugoslawien, Ru-mänien, Griechenland und Spanien, meist infolge politischer Bedrückung weit größer. Demgegenüber machte die Organisierung der Arbeiter wesentliche Fortschritte in Mexiko, wo von 1921 bis 1924 ein Zuwachs von 128 000, d. i. von 18 Proz., zu ver-zichnen war, bis 1924 auch in Italien, ferner in Schweden, das einen Zuwachs von 70 000 oder 18,5 Proz. organisierter Arbeiter aufweist, in Australien, Bul-garien, Frankreich usw.

Die gewerkschaftlichen Bildungs-einrichtungen.

Seit 1924 ist, wie alle anderen Zweige der Gewerkschaftsbewegung, die gewerkschaftliche Bildungs-arbeit aufs neue erstartet. Vornehmlich sind es drei zentrale Anstalten, die unter Anteilnahme des Bun-desvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerk-schaftsbundes als Einrichtungen für die Schulung des Führernachwuchses in Frage kommen.

Von diesen Anstalten steht — wenigstens gefinanzungsmäßig — dem ADGB. die Heimvolkshochschule in Linz am nächsten. Sie ist ihrem Wesen nach eine sozialistische Volkshochschule, in der von jeher das Studium der Volkswirtschaft und Geschichte neben anderen Fächern eine wichtige Rolle gespielt hat. Seitdem der ADGB. bzw. die ihm angeschlossenen Zentralvorstände Schüler dorthin entsenden, hat man auch für den Gewerkschafter unmittelbar wichtige Fächer in den Lehrplan aufgenommen.

Die Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Ver-waltung in Düsseldorf und die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. sind halbstaatliche Bildungseinrichtungen. Ihre Räume und ihr gesamter Schul-apparat sowie die Lehrkräfte werden vom Staate zur Verfügung gestellt. Die Auswahl der Schüler und die Sorge um Lebensunterhalt und Unterbringung der Hörer übernehmen die Gewerkschaften. Als halb-staatliche Anstalt müssen beide Schulen natürlich auch Gewerkschafter anderer Richtungen aufnehmen, so daß sie als überparteiliche Bildungseinrichtungen anzusprechen sind.

Eine eigene bedeutende Bildungsinstitution be-sitzt der Deutsche Metallarbeiter-Verband in seiner Wirtschaftsschule in Dürrenberg bei Leipzig. Diese Schule ist, eben weil sie allein dem Deutschen Metall-

Arbeiter-Verband gehört nicht gezwungen, den gesinnungsmäßigen oder tatsächlichen Unterschieden in den Richtungen der Gewerkschaftsbewegung Rechnung zu tragen. Sie ist eine der wenigen ausschließlich freigewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen.

Außerdem veranstalten noch einige andere Zentralvorstände, so die der Fabrikarbeiter, der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Textilarbeiter regelmäßige Wanderunterrichtskurse für ihre Funktionäre. Es wäre zu wünschen, daß dieses Beispiel auch von anderen Organisationen befolgt würde.

Von örtlichen gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen läßt sich leider nicht sehr viel berichten. Wenn überhaupt Vorträge und Kurse der Gewerkschaften in einzelnen Orten veranstaltet werden, so geschieht dies meistens leider in Verbindung mit den Volkshochschulen, die sich hier und da in größeren Städten befinden. Eigene freigewerkschaftliche Bildungseinrichtungen örtlichen Charakters sind zurzeit noch sehr dünn gefast.

Eine einzige Ausnahme davon macht Berlin, das für die rund 400 000 Mitglieder gehörenden örtlichen Berliner Verwaltungen seit dem Jahre 1921 eine besondere Schule unterhält. Diese Berliner Gewerkschaftsschule wird natürlich nicht, wie die zentralen Institute, in Form eines Internats, sondern in Form von Abendunterrichtskursen durchgeführt. Obwohl diese Form der Arbeiterbildung im allgemeinen einen eigentümlichen Charakter trägt, hat man interessanterweise in Berlin versucht, den im allgemeinen lockeren und nicht tief genug schürfenden Abendunterricht gründlich zu intensivieren. Das ist einmal dadurch erreicht worden, daß man von vornherein den Lehrplan auf solche Unterrichtsfächer begrenzte, die für den praktisch tätigen Gewerkschaftler unbedingt notwendig sind: Volkswirtschaft, Privatwirtschaft und Betriebslehre, Arbeitsrecht, Gewerkschaftswesen, Sozialpolitik. Daneben findet auch die Kulturpolitik, als Grenzgebiet, eine gewisse Berücksichtigung. Die eigentliche Maßnahme aber, die den Unterricht wirklich zu einem gründlichen und tief schürfenden ausgestaltete, bestand darin, daß man von dem bisher an Abendkursen geübten Prinzip der Zerlegung der Unterrichtsgebiete in einzelne Teilkurse abging und den Lehrplan nach drei aufeinanderfolgenden Stufen aufbaute.

Die Unterstufe umfaßt allerdings nur kurze Einführungskurse soziologischen Charakters, die dem Schüler Klarheit verschaffen sollen über die Stellung des Arbeiters zu seiner gesellschaftlichen Umwelt. In ihren pädagogischen Absichten zielen sie darauf hin, die meisten jahrelang mehr oder weniger geistig untätig gewesen, jeder gründlichen systematischen geistigen Beschäftigung entzogenen jüngeren und älteren Arbeiter auf die systematische Lernarbeit der beiden folgenden Stufen vorzubereiten. Erst nach Abschloßung dieser Unterstufe beginnen die eigentlichen Kurse, die, zusammengefaßt als Anfänger- oder Fortgeschrittenen-Arbeitsgruppen, jeweils vom Oktober bis Juli des nächstfolgenden Jahres laufen. Jeder Lehrgang dauert also zwei Jahre, in deren Verlauf im ganzen 70 bis 80 Unterrichtsabende erteilt werden. Nach Ablauf dieser Kurse können die befähigten Schüler in die Seminare hineingehen, um dort noch einmal zwei bis unter Umständen vier Jahre das erarbeitete Wissen gründlich zu unterbauen und abzurufen.

Damit ist ein systematischer Aufbau geschaffen worden, der jedem wirklich ernsthaft studierenden Arbeiter die Möglichkeit gibt, sich auf dem erwähnten Gebiet eine gründliche Durchbildung anzueignen und der Gefahr der Halbgebildetheit zu entgehen. Selbstverständlich bedeutet die umfangreiche und sehr eingehende Arbeit, die von den Schülern erfordert wird, eine starke Anspannung aller geistigen Kräfte. Dadurch nicht alle Hörer, die einen solchen Lehrgang beginnen, bleiben ihrem Voratz treu. Eine erhebliche

Anzahl springt, oftmals aus äußeren zwingenden Gründen, im Laufe von zwei Jahren ab, ohne den Studiengang zu vollenden. Das ist an sich kein Schaden, weil dadurch zugleich eine automatische Auslese der wirklich befähigten Kräfte herbeigeführt wird. Von den Hörern, die die Energie aufgebracht haben, mehrere Jahre hindurch an ihrer geistigen Ausbildung im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen systematisch zu arbeiten, kann mit Fug und Recht erwartet werden, daß sie nicht nur ihrer Organisation treu bleiben, sondern darüber hinaus die Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung als Lebensaufgabe erwählen.

Eine Institution wie die Berliner Gewerkschaftsschule muß aber auch auf die große Zahl derer Rücksicht nehmen, die durch ihre Berufsarbeit oder aus anderen Gründen nicht imstande sind, jahrelang an einer solchen Arbeit teilzunehmen. Sie regt deshalb die einzelnen örtlichen Verwaltungsstellen der Verbände zu Sonderkursen an, die für die Funktionäre dieser Organisationen, hauptsächlich auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens und der Gewerkschaftspolitik veranstaltet werden und die immer nur eine kurze Reihe von Abenden (4 bis 10) umfassen. Außerdem werden auch gewisse wirtschaftspolitische, arbeitsrechtliche und sozialpolitische Einzelfragen in den zentralen Sonderkursen der Gewerkschaftsschule erörtert. Für die Ausbildung der Betriebsräte kamen bisher hauptsächlich die Sonderkurse der einzelnen Verbände in Frage. Ab Herbst dieses Jahres wird jedoch außerdem noch ein wöchentlich Informationsabend für Betriebsräte im Rahmen der Schule abgehalten werden.

Es ist klar, daß eine so ausgebaute, ständige Schule nur von ganz großen Ortsauschüssen, wie z. B. Berlin, unterhalten werden kann. Kleine Ortsauschüsse werden sich auf gelegentliche Einzelvorträge und Vortragsreihen beschränken müssen, wozu ihnen vom Bundesvorstand durch die Bezirkssekretariate in den letzten Jahren auch finanzielle Beihilfen gewährt worden sind.

Die Berliner Gewerkschaftsschule teilt uns mit, daß der neue Lehrgang in den Tagen vom 11. bis 15. Oktober d. J. beginnt, die Unterrichtsverzeichnisse und der Lehrplan in ihren Vierteljahreshefen Ende August veröffentlicht werden. Allen Interessenten wird anheimgestellt, sich den Lehrplan des kommenden Unterrichtsjahres von der Schule einzufordern.

30. Deutscher Krankentagg in Düsseldorf.

(25. und 26. Juli.)

Die große Rundhalle des Planetariums auf der Geisel in Düsseldorf ist überfüllt. Mehr als 2000 Vertreter deutscher Krankentassen, zusammengeschlossen im Hauptverband deutscher Krankentassen, e. V., Berlin-Charlottenburg, füllen die Riesenhalle. Die Teilnehmerzahl setzt sich zusammen aus 521 Arbeitgebern, 893 Versicherten, 641 Angestellten und 107 Ehrenmitgliedern. Darum ist dies stets eine der bedeutungsvollsten sozialpolitischen Kundgebungen des Jahres, kommen doch hier die Vertreter von mehr als 10 Millionen Versicherten zu Worte. Sehr zahlreich sind auch die Vertreter der Reichsministerien und der Ministerien der Länder sowie der Parlamente und der verschiedenen sozialpolitischen Organisationen erschienen. Die Tagung begann nach Abwicklung der zahlreichen Begrüßungsreden mit einem Bericht des geschäftsführenden Vorsitzenden Heimit Lehmann über die gegenwärtige Lage der deutschen Krankentversicherung. Der Redner wies darauf hin, daß die ungeheure Not, die durch die unerminderte andauernde schwere Wirtschaftskrise über die arbeitende Bevölkerung Deutschlands gekommen ist, die deutschen Krankentassen in unerträglicher Weise be-

lastet. Sie haben ständig rund ¼ Millionen Arbeitsunfähiger und Wöchnerinnen zu unterstützen und etwa die dreifache Zahl noch in Arbeit befindlicher Kranker mit ärztlicher Behandlung, Arzneien und Heilmitteln zu versorgen. Die schweren Hungerzeiten, zu denen Millionen Arbeitsloser seit Monaten verurteilt sind, machen alle Bemühungen, den Gesundheitszustand des Volkes zu heben, zunichte. Nur unter Anwendung schärfster Kontrolleinrichtungen haben die Krankentassen den Krankenstand künstlich zurückgedrückt und sich dadurch vor dem finanziellen Zusammenbruch retten können. Daher ist ein Abbau der Beitragslasten der Krankenversicherung unmöglich. Die vom Unternehmertum unverständlicherweise geforderte Zurückschraubung der Leistungen der Krankenversicherung, um auf diese Weise eine Verminderung der Soziallasten zu erreichen, würde schwere gesundheitliche, soziale und politische Erschütterungen im deutschen Volksleben hervorrufen. Die ungeschlichen und gewissenlosen Angriffe auf die Krankentassen müssen daher aufs schärfste zurückgewiesen werden.

Redner bittet die Regierungen und Parlamente, sich schühend vor die deutsche Krankenversicherung zu stellen.

Der erste Redner des Tages war Oberregierungsrat Unger vom Reichsversicherungsamt, der über „Gesundheitsfürsorge durch Arbeitsgemeinschaften der Versicherungsträger“ sprach. Nach einem kurzen geschichtlichen Überblick ging der Redner besonders auf das Gesetz über Gesundheitsfürsorge in der Reichsversicherung vom 28. Juli 1925 ein. Die Reichsregierung beabsichtigt, auf Grund dieses Gesetzes Arbeitsgemeinschaften zu bilden. Diese Arbeitsgemeinschaften werden sich vorzugsweise mit der vorbeugenden Fürsorge für die Versicherten zu beschäftigen haben. Weiteitgehende Freiheit ist dabei den Versicherungsträgern gesichert, doch muß ein finanzielles Rückgrat für diese Arbeitsgemeinschaften geschaffen werden. Vorschriften darüber werden kaum zu umgehen sein. Reicher Beifall lohnte den Redner.

Den nächsten Vortrag hielt Professor Dr. Klein, Sena, über das „Naturheilverfahren im Dienste der Krankenversicherung“. Der Vortragende erläuterte, daß eine tiefe Inanspruchnahme durch weite Kreise der Bevölkerung gehe, weil sie nicht mehr die innige Verbindung mit der Ärzteschaft haben. Mit neuen Methoden muß diese Verbindung wieder hergestellt werden. Dazu scheint ihm das Naturheilverfahren sehr geeignet zu sein. Der Naturarzt will nicht die einzelne Krankheit, sondern den kranken Menschen behandeln. Es kommt darauf an, daß der Kranke zufriedengestellt und geheilt wird. Auch diesen Redner lohnte reichlicher Beifall.

Der letzte Redner dieses Tages, Verwaltungsdirektor Köhn, Berlin, beschäftigte sich mit dem „Frühheilverfahren in der Unfallversicherung“. Der Vortragende wies auf die Bedeutung der neuen Vorschriften auf diesem Gebiete hin, er ließ seinen Vortrag ausklingen in die Forderung, daß die Berufsgenossenschaften das Heilverfahren durchzuführen und auch die Kosten dafür zu tragen hätten.

Der zweite Tag der Tagung wurde eingeleitet durch einen Vortrag von Ministerialdirektor Grieser über „Die internationale Sozialversicherung und ihre Triebkräfte“. Zu Eingang seiner Ausführungen wies der Vortragende die Neupfegung des Prof. Gust. Cassel, Stockholm, zurück, daß die Internationale der Sozialpolitik die letzte Mode sei. Dann ging der Vortragende auf die Lage der Weltwirtschaft ein. Kapital und Arbeit seien die Träger der Wirtschaft, noch niemals hätten die sozialen Bedürfnisse einen so schweren Stand gehabt wie jetzt. Was können wir zur Besserung tun? Der Vortragende glaubt, die Besserung in der Rationalisierung der Betriebe und in der Rationalisierung der Sozialversicherung suchen zu müssen. Der Einwand des sozialen Dumpings ist dadurch niederzufügen, daß die Sozialversicherung der einzelnen Länder anein-

Wie ich Frankreich wieder fand.

Von Friz Kummer.

III.

Im einstigen Kriegsgebiet.

Paris ist bedeutend weniger industrialisiert als etwa Berlin oder Wien. Zwar sind in seinem Reichsbilde die letzten zwei Jahrzehnte mächtige Unternehmen wie die Autowerte von Citroen und Renault entstanden, aber die Besiegten der großen Fabriken bilden doch nur einen Bruchteil der steigend gewachsenen Masse. In Paris, dem Regierungssitz eines weiten Landes und dem hervorragenden Mittelpunkt des internationalen Fremdenverkehrs nehmen die Gewerbe einen breiten Raum ein, die für Wohnung, Nahrung, Unterhaltung und Luxus sorgen. Zu der zahlreichsten Schicht des großindustriellen Proletariats kommt noch sein Zerstreuung auf ein weites Gebiet, was seine Sonderheit am Entwickeln hindert oder verwehrt. Sein Geist und seine Lebensart sind kleinbürgerlichem Schicksal entsprossen, und beide hat dank der eben geschichtlichen Zustände die industrielle Weltzeit nicht viel zu modifizieren vermocht. Folgedessen würde der, der die französische Industriearbeiterschaft nur in Paris studierte, ein sehr unzulängliches Bild erhalten.

Will man in Frankreich eine in Gesinnung und Eigentum schärfer ausgeprägte Industriearbeiterschaft finden, so muß man in die Provinz, so beispielsweise in die industriereichen Bezirke des Nordens gehen, die Lille oder Lens zum Mittelpunkt haben. Der Weg dorthin führt durch das einstige Kriegsgebiet. Man kommt an Orten wie Compiègne, St. Quentin, Cambrai usw. vorüber, die vor ein paar Jahren im Munde der ganzen Welt waren. Zu beiden Seiten der

Bahn noch ununterbrochen verwüstete Wälder und Häuser. Diese Zeugen des vierjährigen Kampfes zum Schutze der Zivilisation und des heimlichen Herdes sind indes in raschem Schwund begriffen. Am 1. Januar 1926 waren von den 886 844 zerstörten oder beschädigten Behausungen 621 913 wieder erbaut oder ausgebessert; von den 17 816 öffentlichen Bauwerken sind 11 343 wieder errichtet oder repariert, und von den 9332 Industriebetrieben (mit mindestens 10 Beschäftigten) sind 8228 aufs neue im Gange. Die Straßen, Bahnen und Uferflächen sind bis auf Bruchteile hergerichtet, der Wald jedoch braucht noch viele Jahre, bis er wieder emporgewachsen ist.

Man kann den Gesamtaufwand für den Wiederaufbau auf 102 Milliarden Franken annehmen. Davon sind 85 Milliarden an die Beschädigten zu entrichten, und zwar 28 für Industrie, 20 für landwirtschaftliche und 40 für sonstige Schäden. Am 31. Dezember 1925 waren insgesamt 79 Milliarden ausgezahlt, so daß noch 23 Milliarden zu entrichten sind. 21 Gemeinden sind ganz verschunden und sollen nicht wieder aufgebaut werden.

Viele der zerstörten Dörfer und Städte nehmen die Gelegenheit wahr, ihr Ortsbild zu verbessern, indem sie die Gassen breiter und gerader, die Gebäude sauberer und gesundheitlicher machen. Eine Notwendigkeit, auf deren vollständige Erfüllung nun freilich mancherorts wenig Wert gelegt zu werden scheint. St. Quentin zum Beispiel ist fast ganz wiederhergestellt. Es hat kurz vor meinem Dorstsein seinen neuen recht geräumigen und prächtigen Bahnhof in Betrieb genommen. Die Unwühlerei vor dem Bahnhof läßt erraten, daß dort an Stelle des Bundesgehirns ein abschließlicher Platz geplant ist. In der Stadt selbst nur hier und da noch eine Ruine. In der Kathedrale muß allerdings der größte Teil der Herstellungsarbeit noch geleistet werden. Ihr

Inneres ist ganz mit dem Baugerüst gefüllt. Hier, im Vorkraum des Kirchenschiffs, fand ich übrigens die einzige Kriegerdenkmalung von französischer Hand, die einen bittern Besiegten für uns Deutsche hat. Auf einer Wandtafel stand — aus dem Gedächtnis überfiet — zu lesen:

„Besucher! Erinnert euch, daß die Deutschen nochig Wäher in die Gärten, die das Kirchenschiff tragen, geböhrt hatten. Womit sie ihre Absicht kundgegeben haben, die ganze Kirche zu zerstören. Daran wurden sie nur dadurch gehindert, daß die Franzosen 24 Stunden früher als erwartet kamen.“

Die Hauptstadt des totenreichen Bezirkes Pas de Calais, Lens, die im Kriege ganz zerstört wurde, ist neu erstanden, wenn auch nicht ganz, denn es wird noch in jeder Gasse an vielen Stellen gegraben und gemauert und gepußt, und alterwärts liegen noch zerstörte Grundmauern. Sehr eilig scheint man es mit dem Aufbau jetzt nicht mehr zu haben, nur am Bahnhof, einem langen mehrstöckigen Betonbau, wird emsig geschäftet. Nach der Ursache der Saumseligkeit im Bauen befragt, erwiderten ein paar Bergleute; das erste, was die Regierung hätte ruhig wieder aufgerichtet haben wollte und wofür sie Geld freigebig gegeben, seien Kirche, Kaserne, Gericht und Gefängnis gewesen, dann auch die Zechen. Diese seien wieder da, und nun, wo es sich nur um Wohnhäuser handele, sei die amtliche Freigebigkeit eingedort. Ganz so schlimm scheint es indessen nicht zu sein. Um ganz Lens herum erblickt man regelrechte Fördergerüste der Zechen, sämtlich mit Beton überdeckt, um sie gegen Wind und Wetter zu schützen. Die Zechenfläche sind jetzt blühender, und um den Zechenhof herum ziehen lange Reihen ein- und zweistöckige Backsteinhäuser, die von den Gesellschaften für die Bergleute errichtet worden und zu einem kostbilligen Mietfuß abgegeben werden. Auch das Gewerkschaftshaus

ander anzugleichen ist. Das Internationale Arbeitsamt, die internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt und auch die einzelnen Regierungen, gestützt auf Teil XIII des Versailler Vertrages, arbeiten an diesem Ziele. Zu einer geordneten Weltwirtschaft gehört auch eine internationale soziale Rüstung. Diese, mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurden unterstrichen durch Dr. Stiel, Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Ohne Sozialversicherung kommen wir nicht mehr aus. Der Hinweis auf Amerika, wo es keine Sozialversicherung gibt, ist so lange verfehlt, als die europäischen Staaten nicht amerikanische Löhne zahlen. 46 Staaten haben sich rüchstandslos zur Sozialversicherung bekannt. Als Kernstück wird auf der Arbeitskonferenz 1927 die Krankenversicherung international zu regeln sein.

Ueber die „Kinderfürsorge unter Mitwirkung der Krankenkassen“ berichteten dann Geheimrat Prof. Dr. Schloßmann, Düsseldorf, und Verwaltungsdirektor Strübing, Hamburg. Beide Redner schilderten in außerordentlich warmer Weise das Kinderelend, das zum größten Teile aus dem Wohnungselend resultiert. Die Krankenkassen, zu deren Versicherten einmal die heranwachsende Generation gehören wird, haben alle Ursache, dieser Frage ihre stärkste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Redner schlossen mit dem Wunsch, daß es trotz der finanziellen Bedrängnis der Kassen möglich sein wird, die nötigen Mittel für die Kinderfürsorge aufzubringen. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu.

Anschließend berichteten Dr. Wichmann, Hamburg, über die elektro-physikalischen Heilmethoden und Dr. Zehden, Berlin, über „Bäderfürsorge für Rassenmitglieder“. Während der erste Vortragende mehr kasstentechnische Angelegenheiten behandelte, forderte Dr. Zehden die Ausgestaltung der Bäderfürsorge und die Nugharmachung der Bäder für die Rassenmitglieder.

Nach weiteren geschäftlichen Angelegenheiten erreichte die Tagung, die ein Markstein in der deutschen Rassenbewegung ist, mit Dankesworten des Vorsitzenden, Stadtrat Ahrens, ihr Ende.

„Betriebsspizelei.“

Von E. D. Zeit.

(Nachdruck verboten.)

Die Betriebsspizelei ist eine Erscheinung der Nachkriegszeit und zu seiner Zeit mehr die größte Sorge unserer Unternehmung gewesen, als jetzt im Zeichen der „Amerikanisierung“ Deutschlands. Mit einer geradezu beispiellosen Unverschämtheit gehen derartige Heberwachungsanstalten an ihre „Arbeit“, um (nach ihren eigenen Worten) dem Wiederaufbau der Moral und der Sentung der Kriminalitätsziffer zu dienen. Und wie vollzieht sich dieser sonderbare „Wiederaufbau“??

Die geringe Entlohnung der Arbeiter und Angestellten steht nicht im Einklang mit ihren Lebensbedürfnissen. Kinder, Frauen, Männer und Familien hungern. Menschen wohnen in Erdhöhlen! Not!

Die Arbeiter schaffen Werte, bearbeiten Metall, montieren Maschinen, befördern Lebensmittel. Frauen stehen hinterm Ladentisch, Angestellte zählen und verrechnen das Geld! Sie alle sind der eigentliche „güterzeugende Faktor“, sie sind aber keine Maschinen, sondern Wesen aus Fleisch und Blut, — Menschen! Aber Krankheit, Hunger und Not, bittere Not, „erzieht den Diebstahl“, richtiger freilich wäre es, man sagte: „Die himmelschreienden Verhältnisse provozieren den Diebstahl!“ — Und dies in einer Zeit, wo einem „Kultur und Zivilisation“ aus jedem Winkel

entgegenrinst. Eine Kultur mit unseren Gesetzbüchern und Gefängnissen, eine Zivilisation mit jenen mittelalterlichen Verleihen, genannt „Besserungsanstalten“. Muß denn nicht der so „erzogene“ Diebstahl mit der Not wachsen?

Und schon sind die bewährten und bekannnten Organisationen da, um aus der Not der Kleinen eine Tugend der (ehemaligen) „Großen“ zu machen und in Dollars umzumünzen. — Der Weizen der Betriebsspizelei blüht! Werber von „Sicherheits“-Gesellschaften, Bewachungsanstalten und vor allem Pinkertons-Gesellschaften durchziehen Stadt und Land. Nicht für Gehalt, sondern für — Provision!

Wie geht nun die Arbeit vor sich? Der Unternehmer abonniert bei einer Gesellschaft, die Pinkertons und Spione halten ihren Einzug im Bureau und im Betrieb. Kommen sie als Arbeiter und Angestellte, Saalbedient, Kasino- und Kantinenteller, Bureauboten, Metallarbeiter und Schreiber: In allen Berufen findet sich dieser Menschenschlag zurecht. Durch „Prämienystem“ interessiert man die Spione an der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten.

„Tage des August.“

(... it is a long way to go.)

Es ist ein langer Weg zu gehen,
Es ist ein langer Weg nach Haus.
Das Wort ging weit durch Kampf und Wesen,
Und wer die Heimat nicht gesehen,
Dem klang ein lechtes Leid daraus.

Es ist ein Weg, den alle kennen,
Es wartet weit im Menschenland.
Wir wollen Erde Heimat nennen,
Und wo der Freiheit Herzen brennen,
Dreißt auch die Hand nach Bruderhand.

Ob Augen franken unter Palmen,
Ob Naden auch im Nordland heiß,
Es ist ein Meer an Saat und Halmen,
Es ist nur eine Erbe Qualmen,
Ein Volk der Arbeit leucht in Schweiß.

Ihr Arbeitsbrüder, laßt Erwahn
Am Garten zurer Ernte gehn!
Daß dieser Himmel allen lachen
Und starke Hilfe jedem Schwachen,
In jedes Bruders Kraft erkahn!

Holt Feuer! Heißt die Waffen schmieben
Und güßt den ebleren Augst:
Den Losen, die für uns geschwieben,
Das Wort vom ewigen Völkerrleben,
Und uns das Lied von Menschenluft.

Franz Rothensfelder.

Im Betrieb und im Bureau, auf der Straße und in Versammlungen beobachtet dich diese Pinkertons „auftragsgemäß“. Selbst vor deiner Häuslichkeit machen sie nicht halt. Sie buhlen um deine Freundschaft und Kollegialität. Es ist ihnen zur Pflicht gemacht, festzustellen, ob sich etwas von der Werkbank in deine Taschen oder deine Wohnung verirrt. In Bureau, Packerel und Lager, ob alles richtig gebucht und bescheinigt wird.

Damit nicht genug: Der Unternehmer fragt seine Spizelei, wo der Arbeiter und Angestellte politisch steht; in welchem Verband und welcher Partei er ist; wieviel Geld er ausgibt; ob er Puscharbeiten macht. Ueber

Führung und Arbeitsleistung läßt er sich, ohne daß dein nächster Vorgesetzter etwas weiß, gleichsam berichten und somit auch die Angaben deiner Meister und Obermeister kontrollieren. Die Pinkertons stellen fest, ob ein Vorgesetzter zu leutfelig ist und ob der Portier auch scharf kontrolliert. Oftmals denunziert du dem „nachgemachten Kriminalbeamten“ einen Kollegen, indem du die Offone sprichst. In den Versammlungen stellen sie die Spione fest, wer die Besucher und wer die Sprecher sind. Am nächsten Tage ist der Unternehmer auf das genaueste über alle Vorkommnisse in Kenntnis gesetzt und kann seine schwarzen Listen in trauriger Weise vervollständigen.

Die systematische Betriebsspizelei macht sich bald bemerkbar! Die so viel gerühmten Hausdurchsuchungen häufen sich, dann kommen Entlassungen! Grund Arbeitsmangel! Bei Diebstählen folgen noch oft Gerichtsverhandlungen. Der meiste Wert wird aber auf Auspionierung deiner politischen Ueberzeugung gelegt. Paßt deine Weltanschauung nicht in den Betrieb, dann tritt eben „Arbeitsmangel“ ein.

Die Verfassung des Deutschen Reiches sagt in Artikel 167: „Die Arbeitskraft steht unter besonderem Schutz des Reiches.“ Damit erscheint die Moral als geteilt!

Die Maßregelungen sind Ausnahmen, sagt der Zweifler! Er hat vollkommen recht! Zurzeit sind es ungefähr zwei Millionen Ausnahmen in Deutschland. Das Geschäft der Betriebsspizelei blüht, sowohl der „offiziellen“ wie auch der „inoffiziellen“.

Es wäre aber alles halb so schlimm, wenn es sich bei der „Ueberwachung“ nur um einen Schutz vor Diebstahl, Einbruch usw., also Schutz vor Eigentumsvergehen handeln würde. Es steht aber heute bereits vollkommen einwandfrei fest, daß der weitaus größte Teil der größeren industriellen Unternehmungen in seinen Betrieben eine derartige Kontrolle eingeführt hat und diese nur dem Schein nach für Eigentumsvergehen aufrechterhält, in Wirklichkeit kann an Hand von abgefangenen oder eingesehenen Originalschreiben bewiesen werden, daß die betr. Gesellschaften und Spizelei die planmäßige Entlassung gewisser Mißliebiger vorbereitet, bzw. veranlaßt haben.

Und noch schlimmer: Es konnte absolut einwandfrei festgestellt werden, daß die großzügig organisierte Betriebsspizelei nicht nur mit den politischen Drahtziehern der Rechtsprechung und den Feuerverbänden in engster Fühlung steht, sondern daß sie sogar speziell zur Unterbringung und Durchhaltung derartiger „Frontsoldaten“ ins Leben getreten ist.

Aber nicht nur, daß diese Organisationen einen neuen Rechtsputz praktisch ermöglichen und herbeiführen müssen! Die gesamte Tätigkeit stellt einen geradezu beispiellosen unverschämten Versuch dar, die persönliche Koalitionsfreiheit, die doch durch die Reichsverfassung (Artikel 118) und die natürliche Moral garantiert ist, mit Hilfe der Demuzianten- und Betriewirtschaft zu beseitigen: Und dies allein dürfte schon Grund genug sein, die Arbeiterchaft zu veranlassen, mit allen erreichbaren politischen Mitteln diese Mißtäterorganisationen zu zerbrechen oder unmöglich zu machen.

Nun einige Beweisstücke, denen bald weitere charakteristische Fälle in ausführlicher Bearbeitung folgen werden:

Die Inzeratenplantage des „Tag“, jenes Hugenberg-Blattes, das mit besonderer Vorliebe die „Molterei“ des Herrn Strejmann bringt, meldet an einem beliebigen Tage des Jahres 1926:

„Tüchtige Wertbeamte für das Waggewerbe gesucht. Fachleute und reddegewandte ebemalige

von Lens, das dem Bergarbeiterverband von Bas de Calais gehört, ist wieder in Betrieb. Gewerkschaftshäuser sind in Frankreich eine sehr seltene Sache, zumal von solchem Ausmaß und Einrichtungsart wie das zu Lens.

Drei Millionen ausländischer Arbeiter. Seit dem Kriege erfreut sich Frankreich einer beispiellosen Geschäftsbilanz. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete stellte beträchtliche Anforderungen an die Industrie, und die allgemach stärker werdende Inflation trug zur Förderung der Warenausfuhr merklich bei. Den außerordentlichen Bedarf an Arbeitskräften konnte die durch den Krieg geschädigte Bevölkerung nicht decken. Das Unternehmertum, von amtlichen und halbamtlichen Körperschaften unterstützt, suchte den halben Erdball nach Arbeitern ab. Der Anwerbung kam die Wirtschaftsnot mancher Staaten wohl aufstatten.

So konnte es kommen, daß in den Jahren von 1921 bis 1925 die Zahl der in Frankreich befindlichen Ausländer von 1,7 auf 2,85 Millionen emporstiegt. Anzwischen dürfte sich die Zahl der Fremden über 3 Millionen gesteigert haben, denn die Zuwanderung ist immer noch beträchtlich. 1924 wanderten 276 000, 1925 176 000 ein, und der Zuwachs von 1926 wird, wie mande Zeichen annehmen heißen, kaum geringer sein. Fast alle Gewerbe, vornehmlich aber der Bergbau, die Landwirtschaft, die Textilindustrie und das Bauhandwerk sind stark mit Fremden durchsetzt. In den Departements des Nordens machen die Fremdlinge mehr als die Hälfte der 241 000 Köpfe betragenden Bevölkerung aus. Hierzu kommen noch mehr als 50 000 belgische Soldaten aus. — dort „Franzosen“ genannt —, die tagtäglich nach Frankreich kommen, um zu arbeiten. Das bei einer solchen Masse Fremder mande Bezirke oder Orte zum wahrhaftigen

Babel geworden sind, läßt sich denken. In Bas de Calais, einem Departement von etwas über 1 Million Einwohner, sind nach einer Aufstellung der Präfektur nicht weniger als 39 Nationen mit 95 615 Köpfen vertreten. Die Polen mit fast 53 000 sind die zahlreichste Gruppe, der Menge nach die Belgier, Tschechen, Italiener usw. folgen. Auch Lützen, Marokkaner, Haitianer, Ägypter und ähnliche Völkergesellschaften sind vorhanden. Die deutsche Kolonie ist 56 Mann stark.

Die Zusammenballung von solchen Massen landes-, sprach- und sittenfremder Arbeiter muß Schwierigkeiten für Gesellschaft, Staat und Gewerkschaftsbewegung zeitigen. Die Mißlichkeiten sind jedoch, wenn ich den Mitteilungen glauben darf, noch im Zustande der Unbedenklichkeit, und die einheimischen Gewerkschaften hielten ihre Weisheit für nicht gerade schwer. Diese Kolonialerei ist wohl auf den Umstand zurückzuführen, daß die Industrie in vollem Gange ist und ein Arbeitsmangel sehr zu den Seltenheiten gehört. Demzufolge hielten sich die Unternehmer, die Fremden zu Lohn und Verdrängung der eingeborenen Arbeiter zu mißbrauchen, und dank des dringenden Bedarfs an Leuten vermögten die Gewerkschaften, so gering an Zahl sie auch sind, ihren Einfluß erfolgreich geltend zu machen. Man möchte wünschen, daß es auch dann noch so bliebe, wenn der Wiederaufbau zu Ende und der Fremden stabilisiert sein wird, kurz, wenn die beiden wesentlichen Ursachen der jetzigen Geschäftsbilanz und der Arbeiterknappheit geschwunden sind.

Die gewerkschaftliche Bereinigung der sprachfremden Massen hat natürlich ihre Schwierigkeit. Es ist nur im Bergbau vermöge seiner günstigeren Voraussetzungen gelungen, eine nennenswerte Zahl, besonders Polen, zu vereinigen. Unter den Polen sind sehr viele, die lange Zeit in Deutsch-

land gearbeitet haben, wenn nicht da geboren sind. Mit diesen ist die berufliche wie gewerkschaftliche Zusammenarbeit leichter als mit anderen Fremden. Selbstamerweise — nein, leicht erklärlicherweise — legen gerade diese (deutschen) Polen allen Nachdruck auf ihre polnische Nationalität. Mit den polnischen Arbeitern sind auch die Fremden aus ihrer Heimat gekommen, die von den Unternehmern beobachtet und bezahlt werden. In welchem Sinne und zu welchem Nutzen diese Gesellschaften ihr Amt ausüben, braucht nicht gesagt zu werden. Daß die französischen Gewerkschaften die Tätigkeit der fremden Priester mit gebührender Opneigntheit verfolgen, läßt sich denken.

Das Verhältnis der fremden Proletariat zu den eingeborenen habe ich allerwärts besser gefunden, als ich angeben möchte. Der erquickliche Zustand ist in hohem Maße darauf zurückzuführen, daß die Fremdlinge keine Verpfändeter der Arbeitsbedingungen sind. Immer wieder wurde betont, daß kein eingeborener Mann billiger schaffe als der einheimische. Die Fremden sind in Sachen der Bezahlung, der Arbeitszeit, der sozialpolitischen Rechte usw. genau so gestellt, wie ihre französischen Kollegen. Ihre Gleichberechtigung ist in den Arbeitsverträgen, die sie noch in ihrer Heimat abgeschlossen, alle paar Paragraphen ausdrücklich verbriefet. Außerdem sind Lohn, Wohngelegenheit, Nahrungsmittelpreis und ähnliches mehr ausdrücklich festgelegt. Uebrigens macht auch die heimische Meaerung durch ihre Konflikt über die strenge Einhaltung der Verträge durch die Unternehmer.

Wenn und wo hätte sich jemals eine deutsche Regierung ausgemerdeter deutscher Arbeiter zu angenommen, wie es beispielsweise die italienische, tschechische oder polnische Regierung tut? Hier wäre für eine deutsche Regierung eine prächtige Gelegenheit, für die Erhaltung des Deutschstums im Auslande zu sorgen.

Offiziere bevorzugt. Festes Gehalt und hohe Provision. Vorstellen vormittag 11—1 Uhr. (Nun folgt die Adresse einer derartigen Gesellschaft.)

Die Geschäftspapiere von solchen „Instituten“, das Reklamematerial, Fragebogen, Befehle, Instruktionen usw. liefern die noch fehlenden Unterlagen für die nachweisliche „Harmlosigkeit“.

„Das Interesse der gesamten besitzenden Bevölkerung schreit nach Selbsthilfe.“

Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, einen Teil der Frontsoldaten zu menschenwürdigen Bedingungen (18 bis 25 Mk. die Woche) unterzubringen und einem Berufse zu zuführen, der ihrer liebgeordneten bisherigen Tätigkeit fast entspricht.

Unsere Angelegten sind durch Prämiensystem an der Aufdeckung von Unstimmigkeiten interessiert!

Genügt dies Bekenntnis? Noch nicht? Also dann schon sehen wir uns einmal den inneren Wertehorizont. Ein ziemlich umfangreicher Fragebogen an die Außenbeamten und die es werden wollen, enthält folgende „Blüten“:

R. v.?

Welchen militärischen Dienstgrad haben Sie bekleidet?

Aktiv gedient?

Welche Spezialausbildung haben Sie genossen?

(M.-G., Handgranaten usw.)

Welche Kriegssorten und Ehrenzeichen?

Waren Sie bei einer Zeitfreiwilligenformation?

(Was heißt in allgemein verständliches Deutsch überhaupt: Bei welcher Formation haben Sie den Rapp-Busch mitgemacht?)

Sind Sie militärisch bestraft? Auch mit Arrest?

Ja, aber was soll denn das Eisene Kreuz, die Handgranatenspezialausbildung mit einer besseren Wad- und Schließgesellschaft zu tun haben?

Des Rätsels Lösung ist: In diese Form will die private Industrie die in die Verrentung verschwundene „schwarze Reichswehr“ gießen! Schöne Ausblicke! Was sagt dazu die Reichsregierung? Sieht sie auch machtlos und tatenlos einer derartigen Raffinesse gegenüber, wie so oft? Diese Frage an die jetzige Regierung stellen, heißt sie bejahen. Die Arbeiterschaft kann sich gegen die Betriebszuspätklei aber nur selbst helfen. Sie muß die Betriebszuspätklei entlarven, wo sie nur kann und die verbrecherische Tätigkeit bei jeder Gelegenheit erschweren und bekämpfen.

(W. Eine Bitte richtet der Verfasser an die Leser: Wenn irgendwelche Vorfälle innerhalb des letzten Jahres bekanntgeworden sind, wird im Interesse der Sache gebeten, sich mit ausführlichen Angaben an die Redaktion zum Zwecke der Weiterleitung an den Verfasser zu wenden.)

Aus den Zahlstellen.

Bischofswerda. In einer am 4. August stattgefundenen Versammlung, der auch der Koll. Herrmann, Dresden, beizumohnen, beschloß man sich zunächst mit dem am 15. August stattfindenden Gewerkschaftsfest. Der Ortsausschussbelegierte gab Bericht und Auskunft über die Gestaltung des Festes, besonders über die Zusammenstellung des gedachten Festzuges. Es sollen alle ortsanfässigen Gewerkschaften durch Gruppen, mit Emblemen geschmückt, im Zuge vertreten sein. Einige Ortsgruppen würden sogar Festwagen stellen. Es entspann sich hierauf eine lange Debatte über die Teilnahme unserer Ortsgruppe und über das zu tragende Wahrzeichen. In diese sich in unbestimmten Plänen erschöpfende Debatte griff Koll. Herrmann ein mit konkreten Vorschlägen, die auch Anklang fanden. Da die Zeit schon vorgeschritten und die ohnehin nicht dichten Reihen der Erschienenen sich gelichtet hatten, begnügte sich Koll. Herrmann kurze, der Zeit angemessene Ausführungen zu machen. Mit einem Appell, zukünftig für besseren Besuch der Versammlung sorgen zu wollen, schloß Koll. Steglich die Veranstaltung.

Bezirksversammlung der Orte Radeberg, Rauen, Pulsnitz und Großhirsbrunn. Das in genannten Orten beschäftigte Druckerhilfspersonal hatte sich am Sonntag, den 1. August, zu einer Bezirksversammlung in Großhirsbrunn im Restaurant „Anter“ eingeladen, um einen Vortrag des Gauleiters Herrmann, Dresden, über: „Welche Gefahren drohen dem Hilfspersonal, wenn es unorganisiert ist“, anzuhören. In fast zweistündigen Ausführungen führte der Redner den Anwesenden, unter denen sich auch verschiedene Buchdruckerkollegen befanden, zunächst die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationszugehörigkeit vor Augen, um dann das erfolgreiche Wirken des Verbandes, namentlich für die Proudingkollegen, zu schildern, worauf er auf die der Arbeiterschaft drohenden Gefahren, Wohnbau, Arbeitszeitverlängerung und Abbau der sozialen Fürsorgeeinrichtungen, einging. Um diese abzuwehren, müssen alle treu und fest zur Organisation halten, sich aber auch bemühen, den gewerkschaftlichen Gedanken verstehen zu lernen. Die Aussprache über das Gehörte war kurz, auch war nichts anders zu erwarten, denn aus der lauten Stille, die während des Vortrages herrschte und aus den erlauteten Mienen einiger war zu schließen, daß ein Teil der Kolleginnen das erstmal einer Versammlung bewohnte. Koll. Eberhardt, Radeberg, kritisierte die verschiedenen Vortragsklassen, die der Tarif vorzieht, als zu unrecht bestehend, da seiner Meinung nach die Druckpreise der kleinstädtischen Buchdrucker ebenso hoch wären wie die der Großstädter. Auch die Lebensverhältnisse in den Kleinstädten seien oft teurer, wie das Beispiel Radeberg zeige. Im benachbarten Dresden könne man verschiedene Nahrungsmittel und sonstige Mittel billiger einkaufen. Koll. Beyer, Buchdrucker, Radeberg, forderte alle anwesenden Hilfspersonen auf, das Gehörte zu beherzigen und danach zu handeln. Koll. Herrmann ging dann im Schlußwort auf die Ausführungen des Koll. Eberhardt ein, um sie, da sie nicht in allen Fällen zutreffend waren, richtigzustellen.

Nachdem noch das Nichterscheinen der Großhirsbrunner Kolleginnen kritisiert worden war, wurde beschlossen, am 17. Oktober d. J. wiederum eine gemeinsame Versammlung des im Bezirk beschäftigten Hilfspersonals und der Buchdrucker zu veranstalten. Wir wollen nicht verfehlen, dem Buchdruckerkollegen Beyer, Radeberg, als Bezirksvorsitzenden des Buchdruckerverbandes Dank auszusprechen für das an dem Tag geleigte Interesse an der Organisation des Hilfspersonals genannten Bezirkes und für seine Bemühungen, die die Versammlung erst ermöglichten.

Zittau. Am 27. Juli fand im Volkshaus eine Versammlung des graphischen Hilfspersonals statt, die sich mit dem aussergewöhnlichen Tarifkonflikt des Dresdner Stein- und Buchdruckerhilfspersonals beschäftigte, auch das Zittauer Stein- und Buchdruckerhilfspersonal wird davon berührt, da es demselben Lohnabkommen, abzüglich 10 Proz., unterliegt. Gleichzeitig sollte dieser Anlaß zur Aufmunterung des dortigen Hilfspersonals und zur Auffüllung der eingetretenen organisatorischen Lücken benutzt werden. Koll. Herrmann, Dresden, behandelte das Thema in einleitender Rede. In der hierauf einleitenden Debatte verteidigten die anwesenden Ortsvorsitzenden der Buchdrucker und Steinbruder ihre moralische und tätige Mithilfe bei der Wiedergewinnung der abtrümmig gewordenen Belegschaften der Firmen Gebr. Güttler und Guthe. Auch konnte festgestellt werden, daß ein Teil der anwesenden Nichtorganisierten niedere Löhne, als der Tarif vorsieht, beziehen. Dieses Beispiel benutzten die Kollegen Bär, Zittau und Herrmann, um die Notwendigkeit der Organisationszugehörigkeit zu zeigen. Nachdem auch diesen Leidtragenden das sich selbst schädigende Handeln genügend vor Augen geführt wurde, traten alle Unorganisierten dem Verbands wieder bei. Auch erbot sich ein dort beschäftigter Drucker, die Kasserung vorläufig übernehmen zu wollen, bis stabile organisatorische Verhältnisse eingetreten seien. Da bis jetzt immer die unpünktliche und interesselose Kasserung der Grund der Fluktuation war. Zum Schluß verwies Koll. Herrmann nochmals in eingehender Weise auf die Verschlechterungsabsichten der Unternehmer, die nur durch eine geschlossene Organisation zu nichte gemacht werden könnten.

Rundschau.

Der § 33 des Betriebsrätegesetzes. Im Betriebe eines westdeutschen Getriebebetriebes war ein Mitglied der Betriebsvertretung gekündigt worden. Bei der Einspruchsverhandlung mit der Direktion wurde von letzterer behauptet, der Gefündigte sei bereits vor Jahren einmal striflos entlassen, auf Einspruch des Betriebsratsvorsitzenden hin habe man aber damals die Entlassung rückgängig gemacht. Ein zweitesmal könne dies dagegen nicht geschehen. Der Gefündigte bestritt die Richtigkeit dieser Angaben. Er betonte, ihm sei wohl einmal von der Betriebsleitung das Verbot verboten worden, anfänglich einer Auseinandersetzung wegen der Mängelregelung eines Belegschaftsmitgliedes. Die Angelegenheit sei aber als Mißverständnis angesehen, aufgeklärt und beigelegt worden. Von einer tatsächlichen striflosen Kündigung resp. Entlassung könne keine Rede sein.

Der anwesende Organisationsvertreter verfuhrte nun an Hand der Sitzungsprotokolle die Wahrheit der einen oder anderen Behauptung nachzuprüfen. Dabei stellte sich heraus, daß über den ganzen Fall überhaupt keine Niederschrift angefertigt worden war! Da die Angelegenheit bereits zwei Jahre zurückliegt, wußten überhaupt selbst verschiedene Betriebsräte sich des Falles nur noch ungenau zu erinnern.

Hier liegt jedenfalls eine Unterlassungssünde vor, die unter Umständen von großer Bedeutung werden kann. Es ist ja ganz schön, wenn zahlreiche Streitigkeiten im Betriebe über eine einfache Ausprache zwischen Betriebsleitung und dem Vorsitzenden des Betriebsrates geregelt werden können, ohne daß man bei jeder Gelegenheit den ganzen Betriebsräteapparat in Bewegung setzt. Notwendig ist aber, daß keine Vorschriften des ArbZ. dabei verletzt werden. Zu diesen notwendigen Vorschriften gehört auch der § 33 ArbZ., der vorschreibt, daß über jede Veränderung eine Niederschrift, ein Protokoll anzufertigen ist. Handelt es sich um irgendeine Abmachung mit der Betriebsleitung, dann muß auch diese die Niederschrift unterzeichnen. Nur so kann sich der Betriebsrat für die Zukunft vor Schäden bewahren.

Ein gewerkschaftliches Ferienheim. Der Ortsausschuss Leipzig des ADGB. hat im Frühjahr ein Mühlengrundstück in Thüringen erworben und es umgebaut zu einer heimfälligen für Erholungs- und Wanderer. Ferienheim Neumühle ist der Name; es liegt im idyllischen Zeigbrunn bei Stadroda (Bahnhofsstraße Gera-Weimar) und ist vom Bahnhof Stadroda auf schönen Waldwegen in 35 Minuten zu erreichen. Weit und breit ist sonst kein Haus zu sehen, nur Wald und Wiese, Berge und Wasser. Das Ferienheim hat 34 Fremdenzimmer mit 63 guten Betten, behagliche Gasträume und Veranden am rauschenden Mühlbühl.

Ein Bad ist vorhanden; ebenso eine Dunkelkammer für Amateurphotographen. Ein Lesezimmer enthält belebende und gute unterhaltende Literatur. Alle Räume haben Zentralheizung und elektrisches Licht. Eine Jugendherberge für 30 Personen dient der Gewerkschaftsjugend zur Unterkunft und Verpflegung.

Alle Gewerkschaftsgenossen mit ihren Angehörigen sind im Ferienheim Neumühle willkommen. Interessenten erhalten jede gewünschte Auskunft durch den Ortsausschuss des ADGB. Leipzig, Zeigler Straße 22.

Schutz der republikanischen Farben in den Offseebädern. Wer schon einmal seine Urlaubstage an der See verbracht hat — wir haben ja jetzt unser schönes Ferienheim in Graal in Mecklenburg — weiß, daß die meisten Strandbungen mit schwarzweißroten Fahnen von den Badegästen „geschmückt“ werden. Der Spiegelbürger demonstriert so seine reaktionäre Meinung. Wir Republikaner machen natürlich diesen Sport nicht mit und zeigen stolz die Reichsfarben. Damit sehen wir uns allerdings manchen Unannehmlichkeiten von selten der sogenannten besseren Leute aus, die vor den Anpreisungen, manchmal sogar Gewalttätigkeiten nicht zurücktreten. Natürlich nur, wenn sie in großer Mehrheit sind. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß der preussische Minister des Innern vor einiger Zeit an den Regierungspräsidenten von Schleswig einen Erlaß mit der Aufforderung gerichtet hat, im Benehmen mit den zuständigen Polizeibehörden einen nachdrücklichen Schutz der Republikaner und der Reichsfarben zu ergreifen.

und Ostsee bädern fiderzigen. Der Erlaß führt im einzelnen aus, daß in den letzten Jahren während der Badezeit in den verschiedenen Nord- und Ostseebädern Badegäste peinliche Belästigungen und sogar Gewalttätigkeiten ausgeübt gewesen seien, weil sie in der Dessenhaft, insbesondere am Strande auf den Sandbungen die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold gezeigt hätten. Ein solcher Fehler einzelner Personen, der zugleich eine schwere Verunglimpfung der verfassungsmäßigen Fahne des Reiches bedeute, könne nicht länger geduldet werden. Der Erlaß ermahnt im Benehmen mit den in Frage kommenden Polizeiverwaltungen alle örtlich geeigneten Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen, die eine Wiederholung solcher das deutsche Ansehen schädigender, unwürdiger Vorfälle auszuschließen und einem wirksamen Schutz berechtigten Badegästen dienen, die sich zur Republik und ihren Farben öffentlich bekennen.

Eine lehrreiche Felsgeschichte erzählt Mich. von Lindenberg in der neuen Nummer 32 des republikanischen Witzblattes „Lachen links“:

Ein Fels war im Zoologischen Garten geboren und aufgewachsen. Seit Felsgebirgen trabe er den gleichen Sandplatz auf und ab, von einem Gitter zum andern. Immer zwanzig Schritt hin, bis seine Schnauze gegen die Stäbe stieß, dann zwanzig Schritt zurück. Er kannte kein anderes Dasein.

Eines Tages aber erhob sich ein Wirbelwind: Der richtete gewaltige Zerstörungen an und warf auch das Felsgitter um.

Der Fels sah den verhassten Zaun fallen und gewann seine Freiheit...

Meint ihr! Aber ihr unterschätzt das treue Felsgemit. Als der Fels die Linie erreichte, wo das weite Gitter gestanden hatte, zuckte er, als habe er sich die Schnauze gestoßen und machte kehrt. Auf der anderen Seite gerade hin. Er trabe ganz wie früher auf seinem Sandplatz hin und her. Das Gitter sah er zwar nicht mehr, aber er fühlte, „hier muß es sein“, und verhielt sich danach.

So handelt ein Fels.

Nicht so das deutsche Volk, dessen Gitter der Wirbelwind vom November 1918 zerbrach.

Oder...? Nein, es gibt hier kein Oder! „Lachen links“ kostet pro Nummer nur 25 Pf. und ist zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag: F. H. W. Dieß Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Literatur.

Kaustischbuch für das Berliner Handwerker. Ausgabe 1922. Herausgeber: Otto Schulz. Verlag: Der Verein Berliner Buchhändler G. m. b. H., Berlin N. 24, Elßner Str. 86/88. Preis 1,20 Mk. inkl. Porto.

Dieses von Prinzipalen und Gehilfen sowie von der gesamten übrigen Fachwelt und den Vertretern des graphischen Gewerbes gleichmäßig gern benutzte Büchlein ist in neuer Ausgabe erschienen. Es enthält wieder die üblichen fachlichen Menschen, besonders die graphischen Berufsvereine und tariflichen Organe, ferner das Wichtigste über die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Buchdruckerpersonals, über die Sozialversicherung und anderes.

„Misanth“, Heft 11. Nach der Sondernummer „Mien“ Heft 11 der „Aranea“ wiederum einen bunten Blütenstrauch wertvollen Materials aus dem für jeden fachlich interessierten Menschen wichtigen Wissensgebiet der Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre dar. Prof. Dr. Schögel legt mit einem Bericht über das unter Leitung von Maxon stehende Marx-Engels-Institut seine Anteilnahme über gesellschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute fort. E. S. Schöngel gibt im „Beitrag“, „Sozialer Wandel“ eine durch zahlreiche Bilder unterstützte Schilderung ab. Dr. War Hobann betrachtet die Gesellschaft kritisch von marxistischer Grundanschauung aus. Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft behandeln die Aufsätze „Die Tolle und ihre Verleumdung“ von Oberarzt Dr. Nieberle, und „Der Gaskammer“ von Dr. Vender. Der naturwissenschaftlich interessierte wird durch die Beiträge „Inferer Schwefelwasserstoff“ von Walter Häfner, „Der Tanz der Porzellane“ von Erich Schick und durch einige Notizen geologischen Inhalts zu eigenen Beobachtungen angeeignet. Einige Gebiete von Walter Ulls und ein Beispiels „An Anemarie“ von Ernst Wiltshaus vervollständigen den jeweiligen Inhalt. Gleichzeitig machen wir auf das in diesem Heft bekanntgemachte Preisverzeichnis aufmerksam, an dem sich jeder beteiligen kann. Es sind Prämien im Gesamtbetrag von 1000 Mk. vorgesehen.

Abrechnungen.

In der Woche vom 2. bis 7. August sind die Abrechnungen des 2. Quartals aus Frankfurt für Gau 2, aus Dresden für Gau 5 und aus Hannover und Bielefeld für Gau 9 hier eingetroffen.

In der gleichen Zeit kamen folgende Gelbbeträge an: Stuttgart 4000,— Mk., Dresden 10 963,80 Mk., Berlin 11 000,— Mk., Bielefeld Restzahlung 990,21 Mk., Hannover 3540,— Mk., Danzig 1012,51 Mk.

Berlin, den 7. August 1926.

H. Bodahl.

Für die Woche vom 15. bis 21. August ist die Beitragsmarke in das mit 33 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserm langjährigen Mitglied Ernst Röhreheid und Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zehlflecke Cassel.

Unsern lieben Kollegin Elsa Haberer in Fa. D. N. Nachrichten nebst Bräutigam zu ihrer am 14. August 1926 stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zehlflecke Danzig.

Unsern lieben Kollegin Elisabeth Bauer nebst ihrem Bräutigam Fritz Zimmermann die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kolleginnen der Firma M. & A. Jöcher, Dresden.

Unserer Kollegin Gretel Schmiedel und ihrem Bräutigam Willy Hauer zu ihrer am 15. August stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kolleginnen und Kollegen der Firma „Union-Werke“ Dresden-Radebeul.

Unsern lieben Kollegen Jos. Entfellner und Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! Zehlflecke Kempen (Allgäu).

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulz, Charlottenburg, Merzschelstraße 16. Fernspr.: Amt Mecklen 1328 — Verlag: D. Bodahl, Charlottenburg — Druck: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.